

Die UN-Kinderrechtskonvention verbietet die Werbung und Kriegsausbildung von Minderjährigen. Dennoch nimmt die Bundeswehr schon 17-jährige auf, im vorigen Jahr fast 2000, 10% der neuen Rekruten. Das Friedensplenum unterstützt die Forderung des UN-Ausschusses für die Rechte der Kinder, der sich auch die Kinderkommission des Bundestages einstimmig angeschlossen hat: Verbot jeder Werbung für die Bundeswehr bei Jugendlichen und keine Rekrutierung unter 18 Jahren.

DIE WAFFEN NIEDER! Für ein solidarisches Europa ist eine Kampagne für Frieden und Kriegsdienstverweigerung überlebensnotwendig: Das Friedensplenum startet sie jetzt - mit langem Atem und als Schwerpunkt seiner zukünftigen Aktivitäten.

Weitere Infos und Aktionen zum Thema finden Sie auf der Webseite des Bochumer Friedensplenums:

www.friedensplenum-bochum.de



Vi.S.d.P. Ralf Feldmann, Bochumer Friedensplenum
c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum

KRIEGSTÜCHTIG: ZUM STERBEN BEREIT UND ZUM TÖTEN.



WIR SIND ES NICHT!

Bochumer Friedensplenum & DFG-VK



**Das Bochumer Friedensplenum unterstützt die Demonstration
„Gemeinsam gegen Rechts. Für ein solidarisches Europa.“
am 1. Juni 2024 in Bochum mit diesem Aufruf:**

FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA - DIE WAFFEN NIEDER!

**KRIEGSTÜCHTIG HEISST:
ZUM STERBEN BEREIT UND ZUM TÖTEN.
WIR SIND ES NICHT!**

KEINE WEHRPFLICHT UND ALLGEMEINE DIENSTPFLICHT.

„Kriegstüchtigkeit“ ist eine ständig wiederholte Parole in diesem Europawahlkampf. Damit stellen sich SPD, Grüne und FDP im Schulterschluss mit der CDU/CSU gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Nicht anders die AfD, der die massive Förderung der nationalen Rüstungsindustrie ein erstrangiges nationalistisches Anliegen ist. Aber immer weniger Menschen sind bereit, im Krieg zu sterben und andere Menschen zu töten. Nach einer repräsentativen Umfrage von Yougov will nur jeder zehnte Bundesbürger Kriegsdienst wie aktuell etwa in der Ukraine leisten. Freiwillig melden würden sich nur fünf Prozent. Fast jeder Vierte würde im Kriegsfall so schnell wie möglich das Land verlassen.

Dagegen fordert jetzt Minister Pistorius vor Reservisten in kalter Technokraten Sprache „die Änderung unseres Mindsets“, eine Gehirnwäsche also. Die Bundesregierung will Bereitschaft zum Töten und Sterben mit höchster militärischer Effizienz. Finanziert werden soll dies durch die Beschneidung des Sozialstaates und Kürzungen bei Bildung, Gesundheit, Umwelt- und Zukunftsinvestitionen. All diese Grundbedingungen für gesellschaftliche

Solidarität und ein gutes Leben hängen an der Kette der Schuldenbremse – damit soll Kriegstüchtigkeit bezahlbar bleiben. Mit der Aktivierung der Wehrpflicht – nun auch für Frauen – würden sich Regierung und CDU//CSU gegen die Friedensbereitschaft der Bevölkerung stellen. Deshalb: Keine Militärdienstpflicht oder allgemeine Dienstpflicht!

Wir rufen auf zum Friedensdienst: zur Kriegsdienstverweigerung. Sie ist ein international anerkanntes Menschenrecht, wird aber immer noch vielfach mit Repression und Gefängnisstrafen bedroht. Im Ukraine-Krieg versuchen zurzeit auf beiden Seiten mindestens eine halbe Million junger Menschen, sich einer Kriegsteilnahme zu entziehen. Fliehen sie nach Deutschland, soll ihnen, so der bayerische Innenminister, zur Strafe kein Bürgergeld gezahlt werden, obwohl das Grundgesetz das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung garantiert. Die Forderung des Friedensplenums an die Bundesregierung: Europäische Solidarität mit denen, die nicht töten und sterben wollen! Öffnen Sie die Grenzen! Geben Sie Kriegsgegner*innen die Möglichkeit der Einreise in die EU! Geben Sie ihnen Asyl!

Kriegstüchtigkeit darf in Schulen kein Unterrichtsprogramm mit Bundeswehrsoldaten werden. Krieg und Frieden sind Themen des normalen Unterrichts, dort ist Friedensfähigkeit ein oberstes Lernziel. Und vor allem die Aufklärung über die totale physische und psychische Vernichtungsgewalt der Kriege unserer Zeit. Das Friedensplenum hat sich vorgenommen, Bundeswehrwerbung an Bochumer Schulen kritisch zu begleiten.